Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 2000 Mark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 26. Juli 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 46000 ℳ monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 8000,— ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

26. 7. m Nr. 342 2000
62. Jahrgang.

Die Streikwelle in Polen.

Nach den Unruhen in Lodz.

Ae. **Warschau**, 25. 7. (Eigenbericht.

Eine große Streikwelle geht neben der Teuerungswelle gegenwärtig über ganz Polen. In vielen polnischen Städten ist es bei den ausbrechenden Unruhen zu Zusammenstößen zwischen Arbeitermassen und Polizei gekommen, die in Lodz und Czenstochau blutig verlaufen sind.

Wenn in Lodz in den nächsten Tagen keine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt werden sollte, ist der Generalstreik in Lodz unausbleiblich. Die Arbeiter der Lodzer Textilindustrie stehen seit dem 16. Juli in einem Streik. Die Verhandlungen zwischen Industriellen und Arbeitern scheiterten, da die Arbeiter eine Erhöhung der Löhne um 79 % forderten, die Industriellen jedoch erst 35 %, später, nach Verhandlungen mit dem Arbeitsminister Darowski, 50 % einer Lohnerhöhung zugestanden. Die schwere Lage der Lodzer Industrie ist durch die verfehlte Finanzpolitik Polens, die Devisenmangel und Kreditnot zur Folge hatte, bedingt.

Am dritten Streiktage fanden in Lodz, vom frühen Morgen an, Ruhestörungen und Versuche von Ueberfällen auf Lebensmittelhandlungen statt. Auf dem Hohen Ring versammelte sich eine Menge von 4000 Streikenden. Als die Polizei eine Auflösung der Versammlung verlangte, erwiderten die Streikenden mit Steinwürfen und Schüssen, so daß von den Polizisten 18 Mann, darunter vier schwer, verwundet wurden. Hierauf ging die Polizei gegen die Streikenden mit Schußwaffen vor. Von den Streikenden wurde einer getötet und acht verletzt. In großer Erregung durchbrachen die Arbeitermassen die Ketten der Polizisten und durchzogen mit revolutionären Gesängen die Straßen. Am nächsten Tage versammelten sich gegen 7000 Streikende. Wieder kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Von den umliegenden Häusern wurden die Polizisten beschossen. Doch gelang es der Polizei, die Ordnung wieder herzustellen und zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen. Während die Streikenden die Straßen der Stadt durchzogen, fand auf die Initiative des Wojewoden von Lodz am vierten Streiktage eine Zusammenkunft von Vertretern der Industrie und der Arbeiter statt, welcher folgende drei Forderungen der Arbeiter vorlagen: 1. Aufnahme von Arbeitervertretern in die statistische Kommission zur Beurteilung der Teuerung; 2. Festsetzung der Arbeitslöhne nach Beschluß der statistischen Kommission und 3. Bewilligung einer sofortigen Erhöhung der Arbeitslöhne seitens der Arbeitgeber. Die Industriellen erklärten sich zu einer Annahme der beiden ersten Forderungen bereit. Inbetreff einer Erhöhung der Arbeitslöhne sind die Industriellen zu einer Erhöhung der Löhne um 50 % bereit. Die Arbeitervertreter verlangen nach wie vor die Erhöhung der Arbeitslöhne um 79 %. So geht der Streik weiter, der bereits die gesamte Textilindustrie Polens ergriffen hat. Die Polnische Telegraphen-Agentur betont, daß zahlreiche kommunistische Agenten den über das ganze Land gehenden Streik vom wirtschaftlichen in das politische Fahrwasser zu leiten suchen.

*

Warschau, 25. 7. (Mtb.) In Bielitz wurde von den Industriellen die Forderung der Arbeiter auf Einstellung einer Teuerungskommission abgelehnt. Der Streik dauert an. Eine neue Konferenz wurde festgesetzt. Auch im Metallarbeiterstreik in Warschau konnte keine Einigung erzielt werden, so daß ein Ende des Streiks noch nicht abzusehen ist.

Der neue polnische Landwirtschaftsminister.

Warschau, 25. 7. (T. U.) Die polnische Zeitung „Monitor Polski“ veröffentlicht folgendes, an den Vorsitzenden des Ministerrates, Witos, gerichtete Schreiben: „Ihrem Antrage gemäß ernenne ich den Vizemarschall des Sejm der Republik, Herrn Stanislaus Osiecki, zum Landwirtschaftsminister. Gez. Wojciechowski.“

Neue deutsch-polnische Verhandlungen in Paris.

Warschau, 25. 7. (Mtb.) Am 27. Juli werden neue Verhandlungen des gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichts in Paris stattfinden. Etwa 100 Klagen deutscher Kolonisten liegen vor. Außerdem soll die Frage der doppelten Staatsangehörigkeit (Personen, die ihr Besitztum im jetzigen Polen hatten, aber meist in Deutschland wohnten) geregelt werden.

Freigabe des Devisenverkehrs in Polen.

Warschau, 25. 7. Die Regierung hat beschlossen, in den nächsten Tagen sämtliche Beschränkungen im Devisenverkehr fallen zu lassen. Alle Devisenbanken erhalten ihre bisherigen Rechte wieder. Doch hat die Regierung Schritte unternommen, um wenigstens einen Teil der Exportvaluten für sich sicherzustellen.

Finanznot in Danzig.

Danzig, 25. 7. Alle Stadt- und Landgemeinden haben sich in einer Eingabe an den Danziger Senat um sofortige Einberufung des Volkstages, und zwar noch vor dem 1. August, gewendet, um der drohenden Finanzkatastrophe vorzubeugen. Es sollen sofort Vorschüsse unter den gleichen Bedingungen wie in Deutschland gezahlt werden, da sonst sämtliche den Kulturbedürfnissen dienenden Anstalten, vor allem die höheren Lehranstalten, geschlossen werden müssen.

Benesch reist nach Sinaia.

Prag, 25. 7. (T. U.) Außenminister Dr. Benesch reist morgen auf dem kürzesten Weg nach Sinaia zur Konferenz der Kleinen Entente ab. Wie aus Belgrad gemeldet wird, reist der südslawische Außenminister Nintschitsch mit seinem Kabinettschef Petrowitsch ebenfalls morgen über Bukarest nach Sinaia.

Markkurs in New York 0,000152 Geld, 0,000154 Brief; der Mittelkurs entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 653 660.

Belgien macht Schwierigkeiten.

Poincaré verhandelt mit dem belgischen Botschafter.

S. **Paris**, 25. 7. (Eigenbericht.)

Sowohl der französische Botschafter in Brüssel als auch der belgische Botschafter in Paris haben dem Ministerpräsidenten in einer persönlichen Aussprache den Standpunkt ihrer Regierung über die englischen Dokumente vorgetragen. Poincaré soll heute früh vom belgischen Botschafter insbesondere über alle Einzelheiten der belgischen Auffassung unterrichtet worden sein. Tatsächlich läßt sich die Haltung Frankreichs und Belgiens diesmal nicht so leicht vereinen, und wenn auch kaum etwas durchsickert, so hat man seit einigen Tagen den Eindruck gewinnen müssen, daß Brüssel heute Paris nicht mehr unbedingte Gefolgschaft leistet, weil Belgiens wirtschaftliche Lage die Regierung zu einer praktischen Lösung der Reparationsfrage zwingt. Die Brüsseler Regierung hat deshalb vorläufig auf ihre Vermittlertätigkeit verzichtet, und es ist offensichtlich, daß sie sich mehr London als Paris nähert.

Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ schreibt heute ebenfalls, die belgische Regierung scheine ziemlich geneigt, die englischen Dokumente als Verhandlungsbasis zu betrachten. In Regierungskreisen hoffe man immer noch, daß zwischen England, Frankreich und Belgien vorerst über die Hauptfrage eine Einigung zustande käme, die eine Beantwortung der englischen Dokumente ermögliche, worauf sich dann die interalliierte Diskussion auf Grund neuer englischer Regierungserklärungen fortsetzen könne bis zu einer allgemeinen Vereinbarung der Alliierten.

Das „Journal des Debats“ gibt einige weitere Anhaltspunkte über die Stellung Belgiens, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: Trotz der Geheimhaltung des französisch-belgischen Meinungsaustausches sei festzustellen, daß der Wunsch Belgiens, eine Annäherung an den englischen Standpunkt herzustellen, jetzt stärker als je hervortrete. Das verstehe sich aus der geographischen Lage Belgiens. Die belgische Politik ziele darauf ab, mit beiden Nachbarn, mit England und Frankreich, gut zu stehen und sich nicht in die Lage drängen zu lassen, zwischen den beiden wählen zu müssen. Dieser Tatsache wolle man in Frankreich nicht genug Rechnung tragen. Ueber die Forderung der Einstellung des passiven Widerstandes bestünde zwischen Paris und Brüssel volle Einigkeit. Hingegen sei Belgien geneigt, eventuell auf eine Aenderung des Zahlungsplanes von 1921 einzugehen. Im Gegensatz zu Poincaré, der eine Herabsetzung der deutschen Schulden unbedingt von der vorherigen Streichung der interalliierten Schulden abhängig machen will, wäre Belgien (bei einer Gesamtforderung von 50 Milliarden für alle Alliierten) einverstanden, eine Herabsetzung der durch die C-Bonds gestellten Verpflichtungen zuzulassen. Ferner scheine Belgien, wie das „Journal des Debats“ sagt, mit einer Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit, allerdings unter gewissen Garantien und Einschränkungen, einverstanden. Das „Journal des Debats“ macht in diesem Zusammenhang der französischen Regierung den Vorwurf, die gegenwärtigen plötzlichen Meinungsunterschiede mit Belgien zum großen Teil selbst verschuldet zu haben, nämlich deshalb, weil sie im März dem belgischen Wunsch nach der Ausarbeitung eines praktischen französisch-belgischen Reparationsplanes widersprochen hat und damit sich selbst in die unangenehme Lage versetzte, jetzt in aller Eile und mit Ueberstürzung eine gemeinsame Front in der Reparationsfrage herzustellen.

Degoutte macht Schule.

S. **Paris**, 25. 7. (Eigenbericht.) Amtlich wird gemeldet, daß General Weygand, der seit dem 9. Mai sein neues Amt als Oberkommissar für Syrien innehat, sofort mit äußerster Strenge gegen die Aufständischen im Libanon vorgegangen ist. Es wurde ein besonderes Gericht eingesetzt und die Verurteilten öffentlich hingerichtet. Durch dieses rücksichtslose Vorgehen ist, wie es in dem Bericht heißt, vorläufig die Ruhe in Syrien wiederhergestellt worden.

Bemelmans tritt zurück.

S. **Paris**, 25. 7. (Eigenbericht.) Der Rücktritt des zweiten belgischen Delegierten in der Reparationskommission, Bemelmans, wird spätestens zum 31. Dezember dieses Jahres erwartet. Bemelmans ist augenblicklich leidend und nimmt schon seit mehreren Wochen seine Geschäfte nicht mehr wahr. Wie es heißt, ist ihm die Leitung einer großen Brüsseler Bank angeboten worden. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts bekannt.

Pasitsch fährt nach Paris.

S. **Paris**, 25. 7. (Eigenbericht.) Nach einer amtlichen Meldung aus Belgrad wird der jugoslavische Ministerpräsident Pasitsch morgen von Belgrad nach Paris reisen, um angeblich den Besuch des Königs Alexander vorzubereiten, in Wirklichkeit aber zweifellos, um sich mit der französischen Regierung über das Balkanproblem auszusprechen.

Raditsch soll ausgeliefert werden.

Belgrad, 25. 7. (T. U.) In der heute stattgefundenen Sitzung des Parlaments wurde ein Antrag des Ausschusses auf Auslieferung mehrerer Abgeordneter, darunter des kroatischen Führers Raditsch, sowie aller Mitglieder des Präsidiums der Raditschpartei angenommen. Der Minister des Innern betonte ausdrücklich, daß dies keine Verfolgung der Person Raditschs bedeute, es sei nur das gesetzmäßige Vorgehen. Darauf entfernte sich die Raditschpartei unter Protesten aus dem Sitzungssaal, während die übrigen Parteien für die Annahme des Antrages stimmten. Das Parlament vertagte sich darauf bis zum 30. September.

Das britische Dock in Singapore.

London, 25. 7. (W. T. B.) Auf eine Anfrage im Unterhause erklärte Premierminister Baldwin, der Beschluß, in Singapore ein Dock für Großhandelsschiffe zu bauen, sei von der Admiralität gefaßt und vom Reichsverteidigungsausschuß sowie vom Kabinett bestätigt worden. Auf die Frage, ob es sich dabei um eine natürliche Folge der Beendigung des britisch-japanischen Bündnisses handle, erwiderte Baldwin, dies sei eine sehr vernünftige Auffassung.

Ein „Ratschlag“ für die deutsche Regierung.

Deutschland soll sich unmittelbar an die Reparationskommission wenden.

S. **Paris**, 25. 7. (Eigenbericht.)

Der „Temps“ richtet heute einen neuen Appell an Deutschland, die Diskussion in der Weise aufzunehmen, daß die deutsche Regierung bei der Reparationskommission eine Nachprüfung der Zahlungsfähigkeit beantrage. Diese Möglichkeit sei im Versailler Dokument vorgesehen und ein derartiger Schritt biete die Gelegenheit, eine Diskussion einzuleiten, die sich erweitern und zu einer praktischen Lösung der Reparationsfrage führen könnte. Hierbei sei der deutschen Regierung auch eine Möglichkeit geboten, von ihrer irrigen englischen Politik abzuweichen und auch Schritte zur Heranziehung der wirklich besitzenden Klasse für die Reparationszahlungen durchzuführen.

Wenn Deutschland endlich einsehe, sagt der „Temps“, daß, je mehr es auf eine Intervention Englands gegen Frankreich spekuliere, umso weniger Frankreich in irgendeinem Punkte weder in der Frage der Aufgabe des passiven Widerstandes, noch in der Angelegenheit der internationalen Sachverständigenkommission nachgeben könne. Wenn man aus dieser Sackgasse herauskommen wolle, dann stehe Deutschland der Weg offen, schon morgen an die Reparationskommission mit diesem Verlangen heranzutreten. Allerdings müsse es sich von vornherein sagen, daß es sich bei dieser Ueberprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht darum handeln könne, eine unabänderliche, definitive Zahlungsfähigkeit herauszufinden, weil dies an und für sich ein Ding der Unmöglichkeit wäre, sondern man könne höchstens feststellen, was Deutschland gegenwärtig zu zahlen in der Lage sei. Die Zahlungsfähigkeit an und für sich ändere sich mit den Verhältnissen.

Ebensowenig dürfe Deutschland von einer derartigen Initiative eine sofortige Herabsetzung seiner Reparationsschuld erwarten, dies sei erst nach Herabsetzung der interalliierten Schulden zwischen den Alliierten und Amerika möglich. Wenn aber Deutschland sich zu diesem Schritt entschließen könnte, würde dann die deutsche Regierung auch das nötige Rückgrat zur Durchführung der dringend notwendigen Finanzreform und zur Begebung einer inneren Anleihe finden? Der „Temps“ schließt: „Vielleicht ist es für das Kabinett Cuno-Rosenberg-Becker, das von der Idee besessen ist, England und Frankreich zu entzweien, besser, nicht auf uns zu hören. Andere werden es früher oder später tun. Wir haben mit aller Aufrichtigkeit gesprochen, und eine aufrichtige Stimme (!) ist noch niemals erfolglos verhallt.“

*

Der „Temps“ verrät gar zu deutlich seine Absichten, wenn er Deutschland den Rat gibt, von seiner „englischen“ Politik abzulassen. Es ist demgegenüber festzustellen, daß Deutschland ebensowenig eine „englische“ Politik treibe, wie es nicht geneigt ist, nach den Ratschlägen des „Temps“ eine französische Politik zu machen. Es gibt für Deutschland nur eine deutsche Politik, die uns durch die Gewaltakte eben dieses Frankreich, das sich heute zu Ratschlägen bemüßigt fühlt, gebieterisch vorgeschrieben ist. Daß wir von einem Bruch zwischen England und Frankreich unter den obwaltenden Verhältnissen keine Erleichterung für Deutschland zu erwarten haben, ist gerade an dieser Stelle immer wieder betont worden. Gewiß gewährt das Versailler Diktat Deutschland die Möglichkeit, an die Reparationskommission zur Abschätzung seiner Zahlungsfähigkeit heranzutreten. Der nicht ohne Zutun der französischen Regierung entstandene Vorschlag des „Temps“ bezweckt jedoch einzig und allein, Deutschland zu veranlassen, durch Beantragung einer Leistungsabschätzung durch die Reparationskommission die von ihm selbst beantragte internationale Abschätzungskommission zu desavouieren. Was die von Frankreich beherrschte Reparationskommission sagen wird, wissen wir aus Erfahrung zur Genüge. Ihr Spruch wird am Quai d'Orsay angefertigt. Eine vernünftige Regelung kann nur auf einem Gutachten basieren, das nicht von französischer Gewaltpolitik diktiert ist.

Lloyd George verteidigt sich gegen Poincaré.

London, 25. 7. (W. T. B.) Lloyd George hielt gestern in Bristol, wo ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen wurde, eine Rede, in der er sagte, er freue sich, daß Großbritannien das Seinige getan habe, um einen Bruch zwischen den Alliierten zu verhindern. Wenn er doch erfolgen sollte, so werde die Verantwortung dafür nicht das Gewissen Großbritanniens belasten. Es gebe jetzt viele Zwischenfälle, die entmutigend seien. Lloyd George sagte: „Ich wollte, Herr Poincaré würde des Sonntags keine Reden halten. (Heiterkeit.) Der Sonntag ist für erbauliche Gedanken bestimmt und nicht gerade der geeignete Tag, um Tuben mit sorgfältig destilliertem Haß, Feindseligkeit, Mißtrauen und Zorn über die Nationen auszugießen. Ich würde es für ein Unglück halten, wenn es so weiterginge.“ Poincaré habe behauptet, er (Lloyd George) habe zum Ausdruck gebracht, daß ihm die Bemühungen Frankreichs zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete gleichgültig seien. Das sei eine Entstellung, eine ungewöhnlich häßliche Entstellung seiner tatsächlichen Ausführungen. Er habe bei dieser Gelegenheit die zerstörten Gebiete gar nicht erwähnt. Es sei ein Unglück, daß zwischen Frankreich und England eine Meinungsverschiedenheit bestehe. Er selbst habe sich seinerzeit mit Poincaré nicht überworfen, aber das sei sehr schwer gewesen. (Heiterkeit.) Bonar Law habe es auch ganz unmöglich gefunden, auf Poincaré einzuwirken. Immerhin sei man imstande gewesen, zusammenzuarbeiten, und es würde bedauerlich sein, wenn der gegenwärtige Augenblick zum Bruch führen würde.

Gegen den Raubüberfall auf Barmen.

Deutsche Protestnote nach Paris.

W. T. B. meldet: Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung folgende Note übergeben:

„Am 13. Juli sind französische Truppen mit Panzerwagen und Maschinengewehren in Barmen eingerückt. Rathaus, Eisenbahn, Post, Reichsbank und Handelskammer wurden besetzt, der Reichsbankdirektor Grusius und eine Hundertschaft der Schutzpolizei wurden festgenommen. Auf dem Rathause wurden Akten der Düsseldorfer Regierung weggenommen. Gegen Mittag haben sich die Truppen wieder entfernt. Von den festgenommenen Personen befinden sich zwei Schutzpolizeibeamte noch jetzt in Haft.

Die deutsche Regierung legt gegen den neuen Einbruch in deutsches Gebiet feierlich Verwahrung ein. Sie behält sich alle Schadenersatzansprüche vor.“

Einspruch gegen Uebergriffe der Rheinlandkommission.

Wie W. T. B. meldet, hat die deutsche Regierung in einer in Paris und Brüssel überreichten Note energisch Protest eingelegt gegen eine (bereits von uns im Auszug gemeldete. — Red.) Verordnung der Rheinlandkommission, die jeden mit Strafe bedroht, der den rechtsverbindlichen Charakter der von der Kommission oder ihren Organen getroffenen Anordnungen in irgendeiner Form bestreitet. Erhöhte Strafen werden darin demjenigen angedroht, der durch Rat oder Tat den Widerstand gegen derartige Anordnungen befördert.

In den Noten wird diese Verordnung als eine außerhalb der Befugnisse der Rheinlandkommission liegende und gegen das Völkerrecht verstoßende Gewaltmaßregel gekennzeichnet, die nur neue Leiden auf eine schuld- und wehrlose Bevölkerung häufe.

In London und Rom sind gleichfalls Vorstellungen erhoben worden.

Unerhörte Erpressungen.

Ueber 200 Wohnungseinrichtungen für französische Eisenbahner gefordert.

ü. **Köln**, 25. 7. (Eigenbericht.) Das Einbruchskommando forderte in einer Anzahl von Gemeinden von den deutschen Behörden bis zum 5. August die Lieferung von Wohnungseinrichtungen für französische Eisenbahner. Diese Einrichtungen müssen aus je einem Eßzimmer, einer Küche und zwei Schlafzimmern (!) bestehen. So wurden u. a. von Gelsenkirchen 100, von Herne 50, von der Stadt Wanne 20, vom Amt Herten 15, vom Amt Datteln 15, vom Amt Waltrop fünf und vom Amt Westerholt fünf Wohnungseinrichtungen verlangt. Die Zwangsmaßregeln gründen sich auf eine Verordnung des Einbrechergenerals Degoutte.

Auch die Aerzte werden verjagt.

Trier, 25. 7. (Mtb.) Neuerdings gehen die Einbrecherkommandos immer mehr dazu über, Aerzte und Apotheker auszuweisen. So wurde gestern in Hermeskeil der Zahnarzt Dr. Merle, der praktische Arzt Dr. Wertz und der Apotheker Haller ausgewiesen. Außerdem erhielten drei höhere Justizbeamte den Ausweisungsbefehl.

Selbst Frauen werden nicht geschont.

Köln, 25. 7. (W. T. B.) Das französische Militärgericht in Witten verurteilte die Frau des Hüttendirektors Rochel aus Witten zu fünf Millionen Mark Geldstrafe, weil sie eine ihr durch die Post zugehende Zeitung, deren Erscheinen von den Franzosen verboten war, angenommen hatte. Das Revisionsgericht in Düsseldorf hat das Urteil bestätigt.

Ein Ort halb entvölkert.

Bingen, 25. 7. (Mtb.) Die Gesamtzahl der in den letzten 14 Tagen aus Heidesheim verjagten Eisenbahnerfamilien beträgt 243 mit rund 1500 Köpfen. Da die Gemeinde nur 3000 Einwohner zählt, ist sie durch die Gewaltakte der Franzosen jetzt zur Hälfte entvölkert. Die achtklassige Volksschule zählt nur noch 130 Kinder. Da die meisten ausgewiesenen Eisenbahner in Heidesheim im Nebenberuf Landwirte, Obst- und Gemüsepächter sind, mußten sie ihre Ernte zurücklassen und dem Verderben preisgeben.

Denkt an die Märtyrer der deutschen Sache!

Dortmund, 25. 7. (W. T. B.) Kreise, die der Fürsorge für die von französischen und belgischen „Kriegsgerichten“ Verurteilten nahestehen, weisen darauf hin, daß die vielen deutschen Männer aus allen Schichten und Ständen der Bevölkerung, die seit der Besetzung des Ruhrgebietes ins Gefängnis gewandert sind, die Leiden ihrer Gefangenschaft ohne Murren tragen, in der Erwartung, daß ihre Opfer fur das Vaterland nicht vergeblich gebracht werden. Das deutsche Volk ist diesen Männern nicht nur Dank und Anerkennung schuldig, sondern hat auch die Pflicht, sie bei guter Laune zu erhalten und nach Möglichkeit aufzumuntern. Jede Nachricht ist für die Gefangenen ein Sonnenstrahl in ihrer dunklen Gefängniszelle. Deshalb schreibe jeder, der Freunde und Bekannte im Gefängnis hat, so oft er kann, an sie. Die Briefe müssen kurz abgefaßt, lateinisch geschrieben sein und dürfen keinen politischen Inhalt haben. Jede Zeile wird gleichwohl von den Gefangenen als Wohltat empfunden.

Neuer Posttarif für das Saargebiet.

Saarbrücken, 25. 7. (W. T. B.) Mit dem 1. August tritt für das Saargebiet der neue Gebührentarif für den Post-, Postscheck-, Telegramm- und Fernsprechverkehr in Kraft. Während die Gebühr für Postkarten im inneren Verkehr mit 15 Centimes unverändert bleibt, erhöht sich das Briefporto für Briefe bis 20 Gramm auf 25 Centimes, von 20 bis 50 Gramm auf 30 Centimes und steigt für jede weiteren 50 Gramm bis zu 300 Gramm um je 10 Centimes. Bei fast allen anderen Gebühren ist ebenfalls eine Erhöhung zu verzeichnen.

Wien, 25. 7. Heute begann der Prozeß gegen die Anstifter von Gewalttätigkeiten während eines Vortrages des Berliner Professors Nikolai am 16. Februar. Angeklagt sind der gewesene Oberleutnant Quote, der gewesene Leutnant Zabo und der Maurergehilfe Groß.

Aufhebung der Verkehrssperre.

Die Mannheimer Rheinbrücke freigegeben.

Dortmund, 25. 7. (W. T. B.) **Nach Mitteilung des Einbrechskommandos wird die Sperre für das Einbruchsgebiet in der Nacht zum Donnerstag aufgehoben.**

Ludwigshafen, 25. 7. (W. T. B.) Die Interalliierte Rheinlandkommission veröffentlicht heute eine Verfügung, wonach vom 27. Juli ab neue Passierscheine ausgestellt werden und die alten Passierscheine ihre Gültigkeit wieder erlangen können. Aus dieser Verfügung ist zu schließen, daß die Sperre an den Rheinbrücken nach Ablauf der zehntägigen Frist ihr Ende finden wird. Auch der Stadtverwaltung in Ludwigshafen ist mitgeteilt worden, daß die dortige Vertretung der interalliierten Rheinlandkommission mit Aufhebung der Brückensperre in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag rechnet.

Die deutsch-amerikanischen Schiedsgerichtsverhandlungen.

e. **New York**, 25. 7. (Eigenbericht.) Die deutschen Vertreter der Deutsch-Amerikanischen Schiedsspruchkommission, Kiesselbach und Lewinski, erkannten die Berechtigung der Schadenersatzansprüche im „Lusitania“-Fall an, jedoch nicht in der Höhe, wie sie von der Kaiserlichen Regierung im Februar 1916 versprochen wurden. Lewinski sprach die Erwartung aus, daß Amerika alle Ansprüche in bezug auf Versicherungen und Kriegsgefahrschäden im Betrage von rund 100 Millionen Dollar zurückzieht. Möglicherweise wird die amerikanische Regierung vor den nächsten Wahlen alle berechtigten amerikanischen Ansprüche bis zu einem Betrage befriedigen, der die Gesamtsumme einer zukünftigen amerikanischen Regierungsanleihe an Deutschland darstellt. Eine Regelung der Besatzungskosten ist bereits durch die kürzlich in Paris getroffenen Vereinbarungen festgelegt.

*

Die Meldung bedarf in der augenblicklichen Form noch der Aufklärung, sowohl in bezug auf den „Lusitania“-Fall wie auch auf die Mitteilung einer möglichen amerikanischen Anleihe an Deutschland. An hiesiger amtlicher Stelle war wegen der vorgerückten Stunde Authentisches nicht zu erfahren.

Amerika, wach auf!

Köln, 25. 7. (W. T. B.) In einem Leitartikel „Wach auf, Amerika“ führt die „Kölnische Zeitung“ folgende Aeußerung des ehemaligen Vertreters Amerikas in der Rheinlandkommission, Pierrepont B. Noyes, an: „Ein Wort von Amerika aber, das unser Interesse an einer Lösung anmeldete und die Haltung Englands unterstützte, würde das ganze Aussehen der Dinge ändern. — Ich habe gehört, daß das englische Kabinett an einem der letzten Tage stundenlang erwogen hat, ob es nicht alle Verhandlungen mit Frankreich einstellen und den Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Schiedsrichter anrufen soll, mit dem Versprechen, daß England jede Entscheidung annehmen werde, die der Präsident fälle.“

Kurze Nachrichten.

Paris, 25. 7. Gestern hat die hiesige Kriminalpolizei zwei Personen festgenommen, die versuchten, gefälschte Abschnitte von Kommunalanleihen abzusetzen. — Die eingeleitete Untersuchung führte zur **Verhaftung eines Deutschen namens Otto Schwiedustein.**

Paris, 25. 7. (W. T. B.) Nach einer Havasmeldung hat das **griechische Geschwader** die Gewässer der Insel **Kreta verlassen.**

London, 25. 7 (W. T. B.) Auf eine Anfrage im Unterhause erklärte der Vertreter des Schatzamts: Nach den vorliegenden Statistiken befänden sich **in den Vereinigten Staaten 45 %** von den gesamten **Goldvorräten der Welt.**

Budapest, 25. 7. (W. T. B.) Anläßlich der Unterzeichnung des Lausanner Friedens hat der Reichsverweser für Ungarn eine in warmen Worten gehaltene Depesche an Mustafa Kemal Pascha gesandt.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	25. 7.	24. 7.		25. 7.	24. 7.
Tägl. Geld	4¾ %	4¾ %	Brüssel	—,—	4.88
Berlin	0,000152 G	0,000215 G	Amsterdam	39,27	39.21
	0,000154 B	0,000217 B	Zürich	—,—	17.90
höchste	0,000180	0,000240	Kopenhagen	17.63	17,44
niedrigs.	0.000150	0.000215	Prag	2,99	2,99
London			Rom	—,—	4.37
Kabel tr.	4.59.50	4.59.62	Madrid	—,—	14.29
60 T.	4.56.75	4.57.00	Silber, ausl.	63⅛	63⅛
Paris	5,92	5.93	„ inl.	—	—

New York, Produktenmarkt.

	25. 7.	24. 7.		25. 7.	24. 7.
Kaffee loco	10⅜	10⅜	Eisen	25,50	26,00
„ Juli	9,05	9,05	Weissblech	5,62	5,62
„ Sept.	7,90	7,94	Schmalz	11.65	11,85
„ Dezbr.	7,21	7,28	Talg	6⅛	6⅛
„ März	7,14	7,14	Bw. Saatöl l.	9,90	9,97
„ Mai	7,00	7,10	„ Sept.	9,90	9,75
Baumwolle l.	23,90	24,65	Petroleum Cas.	15,40	15,40
„ Juli	—,—	23,90	„ Tanks	5,50	5,50
„ Aug.	23,10	23,90	„ Stand wh.	12,50	12,50
„ Sept.	23,20	22,95	„ Crud. bal.	3,00	3,00
„ Okt.	22,92	22,52	Rohzucker	7,03	7,03
Zufuhr	4 000	5 000	Terpentin	—,—	0.96
Kupfer el.	14¾	14¾	„ Sav.	—,—	0,90½
Blei	6,25	6.25	Baumw. N. Orl.	23,50	23,50
Zink	6,12	6,10			

	25. 7.	24. 7.		25. 7.	24. 7.
Weizen, rot	112¾	111	Mehl. Sp.	5,00-5,50	5,00-5,50
Hardw.	115¾	114	Getrfr. Engl.	1 sh 4 d	1 sh 4 d
Mais n. Ernte	104	103¼	Konlin.	7 cts.	7 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	25. 7.	24. 7.		25. 7.	24. 7.
Weizen Juli	99¼	98	Rippen Juli	8,42½	8,50
„ Sept.	98⅛	96⅞	Speck niedr.	8,25	8,25
Mais Juli	87⅛	86⅛	„ höchst.	9,00	9,25
„ Sept.	77⅜	76⅛	Leichte Schwein. niedr.	7,00	7,25
Hafer Sept.	35⅛	34⅞	Leichte Schwein. höchst	7,70	8,00
„ Dez.	37¼	36⅜	Schwere Schwein. niedr.	7,10	7,25
Roggen Juli	66	64¼	Schwere Schwein. höchst	7.55	7,80
„ Sept.	69⅛	68⅛	Zufuhr Chicago	36 000	33 000
Schmalz Juli	10,65	10,85	Zufuhr Westen	144 000	118 000
„ Sept.	10,80	10,95			

Südtirol.

Von

Dr. Heinzdietrich Schulte.

Die Friedensdiktate des Jahres 1919 haben überall, im schärfsten Gegensatz zur Wilsonschen Friedensethik, vom geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet gegen den Willen ihrer Bewohner Stücke losgerissen. Die beiden deutschen Staaten, Deutsches Reich und Deutsch-Oesterreich, umgibt deshalb ein Kranz von sogenannten deutschen Grenzgebieten, deren Bewohner zwar dem deutschen Volke angehören, aber staatlich unter Fremdherrschaft stehen. Von den Auslanddeutschen unterscheiden sie sich dadurch, daß diese außerhalb und getrennt vom deutschen Siedlungsgebiet leben. Daraus ergibt sich der bedeutungsvolle Wesensunterschied, daß die Auslanddeutschen sich mit ihrer staatlichen Zugehörigkeit abfinden müssen, während die Seelen der deutschen Menschen diesseits und jenseits der unnatürlichen Grenzen nach politischer und staatlicher Wiedervereinigung verlangen.

An Italien sind zwei solche Gebiete abgetreten worden: von Deutsch-Tirol das südlich des Brenners bis Salurn reichende Gebiet mit etwa 220 000 Deutschen und etwa 20 000 sich zu den Deutschen haltenden Ladinern und von Kärnten das Kanaltal mit etwa 10 000 nichtitalienischen Einwohnern. Was von Südtirol zu sagen ist, gilt allgemein auch für das Kanaltal.

Dieselben politischen Ideen, die den Krieg in Italien vorbereitet und getragen haben, und dieselben Politiker, die ihn eingeleitet und durchgeführt haben, haben in Paris allen Schwierigkeiten, die sich auftürmten, zum Trotz die Annexion des deutschen Gebietes erreicht und Deutsch-Oesterreich im Süden verstümmelt. Die gleichen schwingen auch heute die furchtbare Geißel über unsere Volksgenossen, die im Gottesgarten unseres deutschen Südlandes wohnen.

Aber bei weitem nicht alle Politiker Italiens denken und dachten so: Man braucht nur auf die Namen Giolitti und Nitti hinzuweisen. Diese kamen bald nach Beendigung des Weltkrieges wieder ans Ruder und damit noch einmal der Liberalismus, der einer sterbenden Zeit den Namen gegeben hat. Was geschehen war, ließ er geschehen sein. Er widersetzte sich auch der Annexion nicht, so wenig sie auch seiner Politik entsprach. Er suchte sie und damit sich zu entschuldigen und versprach, den in den Staatsverband aufgenommenen Deutschen und Slowenen — die Zahl der letzteren ist noch erheblich größer als die der Deutschen — das Joch so leicht wie möglich zu machen: völlige Unantastbarkeit ihrer Nationalität mit allem, was daraus folgt. Diese Versprechungen wurden vom König, Ministerium und Parlament in feierlichster Form gegeben. So hatten es die Süd-Tiroler in der ersten Zeit im Verhältnis zu anderen Grenzdeutschen verhältnismäßig gut. Ja, es bestand die Gefahr, daß einige dazu geneigte Süd-Tiroler sich mit ihrem Schicksal aussöhnen könnten.

Aber die zurückgedrängten Väter des Krieges und des Friedensdiktats sammelten nur ihre Kräfte. In wenigen Jahren schritt der Fascismus zum Siege, kündigte aber schon auf seiner Bahn theoretisch und praktisch seine Methoden und seine Ziele an, besonders in den neuen Provinzen. Besondere Peiniger aber erwuchsen den Südtirolern in ihren unmittelbaren Nachbarn, den Trientinern. Die dortigen Irredentisten waren ja nun am Ziel ihrer Wünsche angelangt und man hätte denken sollen, daß sie, politisch zufriedengestellt, an ihren Aufgaben im größeren Italien gearbeitet hätten. Aber dem war nicht so: die jahrzehntelange Hetzarbeit, die dadurch geschaffene, besonders erhitzte Luft und eine gewisse Enttäuschung über die von der Verheißung doch stark abweichende Wirklichkeit, die natürlich abgelenkt werden mußte, führte die Trientiner nach Norden. Dort meinten sie ihr Mütchen kühlen zu können für die von ihnen nach ihrer Einbildung von der österreichischen Herrschaft erlittene Unbill. Vor allem aber setzte das Wirken Prof. Tolomeis ein, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte, nicht nur den italienischen Staat, sondern auch das italienische Volk bis zum Brenner reichen zu lassen und der sich nun im letzten Stadium seiner Arbeit sah.

Solange die liberale Regierung in Rom gebot, konnten die genannten Kräfte doch unmittelbar nichts ausrichten. Um so eifriger arbeiteten sie, anfangs vorsichtig, dann offener, am Sitze des Generalkommissariats in Trient und in den einzelnen Gemeinden Südtirols selbst. Der liberale, aber schwache Generalkommissar Credaro hat länger als drei Jahre die undankbare Rolle eines Prellbockes zwischen den Aktivisten, der römischen Regierung und der deutschen und ladinischen Bevölkerung spielen müssen.

Ende Oktober brach diese Zeit mit dem „Marsch auf Rom“ und der Regierungsübernahme durch Mussolini ab. Die Eroberung Bozens durch die Faszisten hatte dazu den Auftakt gegeben. Nun war das Feld für die Aktivisten hemmungslos frei. Die neue Regierung fühlte sich durch keine noch so feierlichen Versprechungen gebunden, hatte im übrigen andere Sorgen, als sich um eine viertel Million ungefährlicher Menschen zu kümmern. Das Tolomeische Programm kann also restlos durchgeführt werden: Rigorose Entfernung aller Deutschen, zu deren Einbürgerung Italien nach dem Friedensdiktat nicht unbedingt verpflichtet war, äußere Verwelschung durch Einführung künstlich hergestellter Ortsnamen, Beseitigung der deutschen Sprache in Verwaltung und Verkehr, Einführung der italienischen Gesetze, Aenderung der Verwaltungsbezirke, um die Bevölkerung nach Möglichkeit zu mischen, Entnationalisierung durch Entfernung der südtiroler Beamten, Lehrer und Geistlichen und ihren Ersatz durch italienisch oder trientinisch fühlende oder denkende Personen. Das Ziel ist wiederholt klar und deutlich ausgesprochen: Den Deutschen soll ihr Volkstum genommen werden; sie sollen italienische Bastarde werden. Aber die Südtiroler wehren sich wacker.

Wie der menschliche Körper all seine Heilkräfte an etwa verletzte Stellen entsendet, so wird auch das genesende deutsche Volk für die Heilung der ihm von außen geschlagenen Wunden besorgt sein.